

# Jahreseinkommen und erwartete Lebensstandardpositionen von Personen in Privathaushalten auf Grundlage von EU-SILC 2004

MATTHIAS TILL

Die EU-weit jährlich durchgeführte Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen EU-SILC<sup>1)</sup> dient insbesondere der detaillierten Erfassung des verfügbaren Jahreseinkommens von Privathaushalten. Die annähernd gleichzeitige Erhebung von Einkommen und Haushaltsstruktur ermöglicht dabei die Berechnung äquivalisierter Einkommen, deren Höhe z.B. für die Messung von Armutsgefährdung maßgeblich ist. In diesem Beitrag wird die Verteilung der erwarteten Lebensstandardpositionen in Österreich anhand der im Jahr 2004 durchgeführten Erhebung beschrieben. Diese Vorgehensweise unterscheidet sich von einer *direkten* Beobachtung des Lebensstandards. Die *indirekte* Ermittlung des Lebensstandards anhand des Jahreseinkommens und der Haushaltsgröße rückt die potentiellen Verwirklichungschancen in den Mittelpunkt, die sich durch Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik, aber auch durch gemeinsame Nutzung von Ressourcen insbesondere durch Familien ergeben.

## Zur indirekten Messung des Lebensstandards durch das verfügbare Jahreseinkommen

Der materielle Lebensstandard kann als Verfügbarkeit (bzw. Konsum) von Gütern und Dienstleistungen aufgefasst werden. Die Analyse des Einkommens eröffnet demgegenüber eine *indirekte* Sichtweise auf potentielle *Verwirklichungschancen*, etwa in dem Sinne wie sie von Amartya Sen (z.B. 1992) als *capabilities* konzipiert wurden, und ist ausdrücklich zu unterscheiden von einer *direkten* Beobachtung des erzielten Lebensstandards (*functionings*), wie sie für die Konsumerhebung (Kronsteiner-Mann, Lenk 2006) oder die deprivationsorientierte Armutsmessung (vgl. Lamei und Till-Tentschert 2005; Andress und Lipsmeier 2000) kennzeichnend ist. Die Verteilung des Einkommens ist also eher nach Gesichtspunkten der Chancengleichheit anstatt der funktionalen Äquivalenz von tatsächlich realisierten Konsumniveaus zu beurteilen. Durch die Fokussierung auf materielle Aspekte des erwartbaren Lebensstandardniveaus werden theoretische und methodische Probleme vermieden, die beispielsweise mit der Messung von individuellem Nutzen, subjektiver Zufriedenheit oder „Glück“ verbunden wären.

Abgesehen vom Einkommen hängen individuelle Wahlmöglichkeiten (und realisierter Lebensstandard) jedoch auch von situativen Faktoren ab, die bei der Analyse der Einkommens-

situation ausgeblendet werden. Dazu zählen beispielsweise: Vermögen oder Verschuldung; unterschiedliche Konsumerwartungen zwischen Generationen und Lebensstilen; besondere Bedürfnisse bei Gesundheitsbeeinträchtigungen oder Familiengründung; unterschiedliche Lebenskosten aufgrund von Wohnungseigentum oder regionalen Preisdisparitäten; Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen (z.B. Bildung, Gesundheitsversorgung usw.). Schließlich geht die konventionelle Berichterstattung von einer gleichmäßigen Verteilung der Haushaltsressourcen aus, selbst wenn Männer, Frauen und Kinder in einem Haushalt tatsächlich einen jeweils unterschiedlichen persönlichen Lebensstandard (bzw. Konsumniveau) erreichen können. Bei identischer Einkommenssituation kann daher nicht nur der tatsächliche materielle Lebensstandard sehr unterschiedlich sein, sondern auch der Handlungsspielraum.

Die einkommensorientierte, indirekte Messung des Lebensstandards besitzt jedoch, abgesehen von der praktischen Datenverfügbarkeit, zwei wichtige Vorteile. Einerseits sind die für Verwirklichungschancen ausschlaggebenden situativen Elemente eng korreliert mit dem Einkommen, etwa in Bezug auf Bildung, Vermögen oder Familiensituation. Einkommen ist demnach nicht nur das wichtigste Instrument zur Erlangung eines materiellen Lebensstandards, sondern kann auch als wichtiger Indikator für die Lebenslage insgesamt aufgefasst werden. Der zweite wesentliche Vorteil der Einkommensanalyse liegt darin, dass der Einfluss der mone-

<sup>1)</sup> Vgl. Bauer und Lamei (2005).

tären Umverteilungsprozesse auf den Lebensstandard sichtbar gemacht werden kann.

### Erhebung von Ressourcen und Bedarfsgewichtung

Der materielle Lebensstandard, den ein Haushaltsmitglied potentiell erreichen kann, lässt sich näherungsweise durch eine Gegenüberstellung der im Haushalt insgesamt verfügbaren Ressourcen und dem jeweiligen Bedarf ermitteln. In der Regel wird der bedarfsgewichtete Ressourcenzugang durch das äquivalisierte Haushaltseinkommen ausgedrückt, bei dem das Einkommen auf die Zahl und das Alter der Haushaltsmitglieder bezogen wird. Der potentielle Lebensstandard einer Person ist umso höher, je mehr Einkommen im Haushalt verfügbar ist und je weniger Personen dieses Einkommen teilen.

Im Mittelpunkt der folgenden Analyse steht der Handlungsspielraum für Konsumententscheidungen. Daraus ergibt sich, dass nur tatsächlich verfügbare Nettoeinkünfte einzubeziehen sind. Zu berücksichtigen ist auch, dass zeitliche Einkommenschwankungen auftreten können. Zwischen den beiden Alternativen, monatliche Einkünfte oder im Extremfall das Lebenseinkommen heranzuziehen, stellt das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres einen praktikablen Kompromiss dar, um insbesondere auch bei Saisonbeschäftigten ein adäquates Bild des zum Erhebungszeitpunkt aktuell erzielbaren Lebensstandards zu ermitteln.

Die Erhebung zu EU-SILC wurde im 2. Quartal des Jahres 2004 durchgeführt, bildet aber die Einkommenssituation der befragten Haushalte im Kalenderjahr 2003 ab. In der Befragung wird zunächst das persönliche Einkommen jedes erwachsenen Haushaltsmitglieds erfasst. Zusätzlich wird nach Einkünften gefragt, die dem Haushalt insgesamt zufließen. Auf der Basis dieser Angaben wird das Gesamteinkommen des Haushalts berechnet. Die Summe der Nettoeinkünfte aller Haushaltsmitglieder im Vorjahr, also Gesamteinkommen abzüglich Steuern, Abgaben und geleisteten Transferleistungen, ergibt das verfügbare Einkommen.

Die dabei berücksichtigten Einkommensbestandteile sind:

1. Markteinkommen (aus unselbständiger oder selbständiger Erwerbstätigkeit, Kapitalbesitz),
2. Pensionen (Bezüge nach der gesetzlichen Altersgrenze),
3. Sozialleistungen (Bezüge vor der gesetzlichen Pensionsaltersgrenze),
4. Steuern und Sozialabgaben sowie
5. private Transfers zwischen Haushalten.

Um den Ressourcenbedarf des Haushalts zu berechnen, wird in Anlehnung an die EU-Berichterstattung durch EUROSTAT die EU-Skala (= modifizierte OECD-Skala) herangezogen. Eine allein lebende erwachsene Person wird dabei als Referenzpunkt (= Konsumäquivalent) betrachtet. Der unterstellte Ressourcenbedarf steigt für jede weitere erwachsene Person um 0,5 Konsumäquivalente. Jedes Kind unter 14 Jahren wird mit 0,3 Konsumäquivalenten gewichtet. Diese Gewichtungsrelationen können auch so aufgefasst werden, dass der Gesamtbedarf aus einem konstanten Haushaltsbedarf (Fixkosten, z.B. für Wohnen, Einrichtung) und einem je nach Zahl der Haushaltsmitglieder variierenden Bedarf (z.B. für Ernährung und Kleidung) besteht. Die EU-Skala entspricht dann der Annahme, dass jeder Haushalt einen Grundbedarf von 0,5 Konsumäquivalenten hat und impliziert Kinderkosten (0,3 Konsumäquivalente) in der Höhe von 60% eines normalen Erwachsenenbedarfs (0,5 Konsumäquivalente).

Tabelle 1 zeigt exemplarisch die Berechnung des Einkommensbedarfs für drei verschiedene Haushaltskonstellationen nach der EU-Skala. Es zeigt sich, dass der gemeinsame Bedarf von zwei getrennten Haushalten mit einem „Single“ und einer Alleinerzieherin mit zwei Kindern (C) höher ist als bei gemeinsamer Haushaltsführung (D). Nach der EU-Skala hätte die Bevölkerung Österreichs in ihrer heutigen Haushaltsstruktur (3,4 Mio. Haushalte mit 6,8 Mio. Erwachsenen und 1,3 Mio. Kindern) insgesamt denselben Einkommensbedarf wie 5,49 Mio. Einpersonenhaushalte. Nach derselben Berechnung entsprach der Einkommensbedarf der österreichischen Bevölkerung im Jahr 1951 (2,2 Mio. Haushalte mit 5,1 Mio. Erwachsene und 1,6 Mio.

### Beispiele zur Berechnung des Einkommensbedarfs nach EU-Skala (in Konsumäquivalenten)

Tabelle 1



Haushaltstyp, Jahr	Fixbedarf des Haushalts	Bedarf für		Gesamtbedarf	
		Erwachsene	Kinder	Summe	pro Kopf
A) „Single“	0,5	0,5	0,0	1,0	1,00
B) Alleinerzieherin mit 2 Kindern	0,5	0,5	0,6	1,6	0,53
C) Gemeinsamer Bedarf von A und B	1,0	1,0	0,6	2,6	0,65
D) 2 Erwachsene mit 2 Kindern	0,5	1,0	0,6	2,1	0,53
<b>Gesamtbedarf für Österreich in Mio. Konsumäquivalenten</b>					
1951 (2,2 Mio Haushalte)	1,1	2,7	0,5	4,3	0,61
1971 (2,6 Mio Haushalte)	1,3	3,1	0,4	4,8	0,64
1991 (3,0 Mio Haushalte)	1,5	3,0	0,5	5,0	0,65
2001 (3,3 Mio Haushalte)	1,7	3,3	0,4	5,4	0,67
2003 (3,4 Mio Haushalte)	1,7	3,4	0,4	5,5	0,68

Q: EU-SILC 2004 und Volkszählungen 1951-2001. - Bedarfsgewichtung nach EU-Äquivalenzskala (Haushalt: 0,5, Erwachsene: 0,5, Kinder: 0,3).

Kindern) jenem von 4,3 Mio. Einpersonenhaushalten. Der durchschnittliche Bedarf pro Einwohner hat demnach von 0,61 im Jahr 1951 auf 0,68 Konsumäquivalente im Jahr 2003 zugenommen. Aufgrund der geänderten Lebensweise wäre demnach heute durchschnittlich 10% mehr Realeinkommen erforderlich, um einen vergleichbaren Lebensstandard zu sichern wie vor 50 Jahren. Neben dem insgesamt verfügbaren Einkommen ist also vor allem die Haushaltskonstellation entscheidend für den angenommenen Lebensstandard einer Gesellschaft. Nimmt die Zahl an Einpersonenhaushalten (bzw. die Gewichtung) zu, so steigt auch der angenommene Einkommensbedarf.

Eine entscheidende Rolle spielt natürlich auch die Entscheidung für eine bestimmte Gewichtungsskala. Eine ältere Variante der hier verwendeten Äquivalenzskala, die sogenannte OECD-Skala, setzt den Grundbedarf mit 0,3, den Bedarf für Erwachsene mit 0,7 und den für Kinder mit 0,5 Konsumäquivalenten an. Unter dieser Gewichtungsannahme würde der Bedarf bei größeren Haushalten also wesentlich höher angesetzt als in der EU-Skala. Der angenommene Gesamtbedarf würde sich also automatisch erhöhen und der angenommenen Lebensstandard für eine Gesellschaft entsprechend verringern, selbst wenn das verfügbare Einkommen unverändert bleibt. Durch die stärkere Bedarfsgewichtung für Mehrpersonenhaushalte (bzw. Familien) würde sich deren Lebensstandard gegenüber jenem von Einpersonenhaushalten (insbesondere älteren Menschen) geringer darstellen als bei Verwendung der EU-Skala. Die stärkere Gewichtung laufender Lebenskosten (z.B. für Ernährung oder Kleidung) scheint allerdings besser angemessen für die Situation in weniger entwickelten Industrieländern (vgl. Till 2001), und Ergebnisse neuerer Untersuchungen zu den Kinderkosten in Österreich unterstützen eher die von der EU-Skala implizierten Bedarfsrelationen (vgl. Guger et al. 2003). Letztlich spiegelt die EU-Skala auch eher sozialrechtliche Normen. Die derzeit geltenden Ausgleichszulagenrichtsätze im ASVG (2006: für Alleinstehende 630 €, für Ehepaare 1.055,99 €, für Kinder 72,32 €) würden beispielsweise einen Grundbedarf von 0,47 Konsumäquivalenten implizieren, der sich pro Erwachsenen um 0,53 und pro Kind um 0,11 Konsumäquivalente erhöht. Die Bedarfsgewichtung ließe sich auch beliebig erweitern, etwa

durch Berücksichtigung regionaler, alters-, geschlechts- oder gesundheitsspezifischer Bedarfe. Festzuhalten ist hier jedenfalls, dass Bedarfsrelationen abgeleitete sozialpolitische Referenzgrößen - etwa die Höhe der Armutsgefährdungsschwelle oder die Mindestpension - entscheidend beeinflussen und daher auf Grundlage entsprechender empirischer Untersuchungen kritisch zu diskutieren wären.

### Entstehung und Verteilung der verfügbaren Einkommen privater Haushalte

Auf der Ebene der privaten Haushalte können mindestens vier Stufen der Einkommensverteilung unterschieden werden, in denen sich zwar die Gesamtsumme des Einkommens kaum ändert, jedoch seine Verteilung. Das Einkommen entsteht zunächst durch die Erträge der Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital und Grundbesitz). Der Großteil dieses (Faktor-) Einkommens fließt den privaten Haushalten als (Brutto-) Markteinkommen in Form von Löhnen, Gewinnentnahmen oder Kapitalerträgen (einschließlich Vermietungen oder Verpachtungen) zu. Aus der Erhebung von EU-SILC 2004 ergibt sich, dass hochgerechnet etwa 2,7 Mio. Haushalte ein Markteinkommen aus Arbeit oder Besitz oder Vermögen in der Höhe von insgesamt 100 Mrd. € hatten (Tabelle 2). Dieses Einkommen ist der Ausgangspunkt für die Umverteilung auf den folgenden Stufen, insbesondere zugunsten jener rund 700.000 Haushalte, die selbst über keinerlei Markteinkommen verfügen. Das so genannte Primäreinkommen ergibt sich durch Hinzurechnung der staatlichen Alterspensionen und beträgt vor Steuern und Abgaben rund 129 Mrd. €. Das Nettoeinkommen (bzw. Sekundäreinkommen) ergibt sich aus der Summe von Primäreinkommen und sozialen Transferleistungen, abzüglich der dafür geleisteten Abgaben. Die Summe der erhaltenen Transferleistungen (insgesamt 40 Mrd. €) ist etwas höher als die direkten Abgaben (37 Mrd. €); deshalb ist auch das Nettoeinkommen der privaten Haushalte mit rund 103 Mrd. € um knapp 3 Mrd. € höher als das Markteinkommen. Das jeweils verfügbare Einkommen ergibt sich schließlich, wenn neben dem eigenen Nettoeinkommen auch die erhaltenen und bezahlten Transferleistungen zwischen Privathaushalten einbezogen werden.

Verteilung des Jahreseinkommens der privaten Haushalte

Tabelle 2



Stufen der Einkommensverteilung	Haushalte in 1.000	10%	25%	50%	75%	90%	P90/P10	S80/S20	Gini	Arithm. Mittel in EUR	Summe in Mrd. EUR
		... haben weniger als ... EUR									
Markteinkommen (brutto)	2.700	1.700	16.000	30.800	51.100	74.200	44,9	24,3	43,9	37.000	100,5
Primäreinkommen (brutto)	3.300	10.300	18.500	31.900	51.800	74.900	7,2	9,0	39,2	39.000	128,9
Nettoeinkommen	3.400	10.400	16.400	26.000	39.500	54.400	5,2	6,3	34,1	30.200	103,1
Verfügbares Einkommen	3.400	10.600	16.500	25.800	39.300	54.200	5,1	6,1	33,8	30.200	103,3
Haushaltsbudget nach Wohnkosten	3.400	7.300	12.600	22.300	35.800	51.000	7,0	8,7	38,3	26.700	91,4

Q: EU-SILC 2004. - Auf 100 gerundete Werte. - S80/S20= Gesamteinkommen des obersten Fünftels dividiert durch Gesamteinkommen des untersten Fünftels. P90/P10= 90. Perzentilwert (90% niedriger als ...) dividiert durch 10. Perzentilwert (10% niedriger als ...). Ginkoeffizient= Einkommenskonzentration (totale Gleichverteilung= 0%, totale Konzentration auf einen Einzelfall= 100%).

Bei 10% aller Haushalte mit einem Markteinkommen liegt dieses vor Steuern und Abgaben unter 1.700 € pro Jahr (1. Dezilwert). Jene 10% Haushalte mit den höchsten Markteinkommen haben mindestens 74.200 € (9. Dezilwert) bzw. das 45-fache Einkommen zur Verfügung (das Dezilverhältnis bzw. der Quotient aus dem 90. Perzentil und 10. Perzentil wurde in der Sozialstatistik als P90/P10-Indikator eingeführt). Der staatliche und private Umverteilungsprozess bewirkt aber, dass die verfügbaren Einkommen deutlich gleichförmiger verteilt sind: 10% aller Haushalte haben weniger als 10.600 € (1. Dezilwert) zur Verfügung. Bei den reichsten 10% der Haushalte bleibt ein mindestens fünfmal so hohes Einkommen (54.200 €). Auf die reichsten 700.000 Haushalte (20% aller Haushalte) entfallen rund 40% des gesamten verfügbaren Einkommens. Das ist mehr als das sechsfache Einkommen der 700.000 ärmsten Haushalte, die nur 6,5% des Einkommens erhalten (der Quotient aus dem Einkommensanteil (engl. *share*), der über dem 80. Perzentil konzentriert ist, und dem Einkommensanteil, der unterhalb des 20. Perzentils bleibt, wurde als Einkommensquintilverhältnis bzw. S80/S20-Indikator eingeführt (vgl. Europäische Kommission 2005)).

Ungeachtet der kombinierten Verteilungseffekte von Transferleistungen, Abgaben und Haushaltskonstellation verschieben sich Ressourcendisparitäten natürlich auch im Zuge der Einkommensverwendung. Dies lässt sich exemplarisch belegen anhand des Haushaltsbudgets, das nach Abzug aller Wohnkosten verbleibt. Die in EU-SILC erfassten Wohnkosten für (Energie, Miete, Erhaltungskosten usw.) betragen insgesamt rund 12 Mrd. €, was ungefähr dem Brutto-Volumen der Sozialleistungen entspricht, die vor der gesetzlichen Altersgrenze ausbezahlt werden.<sup>2)</sup> Das Restbudget beträgt in Summe 91,4 Mrd. € und ist so verteilt, dass den ärmsten 10% der Haushalte weniger als 7.300 €, den reichsten 10% mit 51.000 € pro Jahr aber mindestens das Siebenfache zur weiteren Verwendung übrig bleibt. Der Anteil am Budget, der auf die reichsten 20% aller Haushalte entfällt, ist 8,7-mal so hoch wie jener der ärmsten 20%.

## Verteilungspositionen und Konzentration des Lebensstandards

Für das Jahr 2003 beträgt das durchschnittliche Äquivalenzeinkommen rund 18.800 €. Rechnet man das Ergebnis aus EU-SILC auf die Gesamtbevölkerung von rund 8 Mio. Menschen hoch, so ergibt das einen Gesamtlebensstandard von etwa 150,8 Mrd. €, also um rund 48 Mrd. € mehr als

<sup>2)</sup> In EU-SILC 2004 wurden bei rund einem Viertel der Haushalte keine vollständigen Wohnkosten erfasst, wobei davon etwa 80% über Hausbesitz verfügen. Die realen Wohnkosten insbesondere für Energie und Instandhaltung werden daher in Summe unterschätzt und könnten bei vollständiger Imputation sogar mehr als 16 Mrd. € betragen.

das tatsächlich verfügbare Einkommen der Privathaushalte. Unter Berücksichtigung der in der Bedarfsgewichtung unterstellten Kostenersparnis für größere Haushalte entspricht dies jener Summe, die erforderlich wäre, um den heutigen Lebensstandard für etwa 8 Mio. Einpersonenhaushalte herzustellen. Die Differenz zum verfügbaren Einkommen lässt sich als kollektiver Wohlstandsgewinn interpretieren, der durch Haushaltsgemeinschaften und Familien entsteht. Der errechnete Wohlstandsgewinn beträgt etwa 50% des verfügbaren Einkommens und übersteigt das gesamte Umverteilungsvolumen von Alters- und Sozialleistungen um mehr als 10 Mrd. €.

Reiht man die Personen nach ihrem Lebensstandard, so lassen sich die charakteristischen Verteilungspositionen ablesen. Der Medianlebensstandard liegt bei 17.000 € pro Jahr (Tabelle 3). Dieser Lebensstandard markiert die Grenzlinie zwischen zwei gleich großen Hälften der Bevölkerung mit einem niedrigeren bzw. höheren Äquivalenzeinkommen. Die rund 4 Mio. Menschen, die zur unteren Hälfte gehören, verfügen über rund ein Drittel des gesamten Äquivalenzeinkommens.

Das oberste Einkommensviertel hat ein Äquivalenzeinkommen von mehr als 22.400 €. Zum untersten Einkommensviertel gehört man bei einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 12.900 €. Diese rund 2 Mio. Menschen verfügen über 13% des Gesamtlebensstandards, während das reichste Einkommensviertel 41% des Äquivalenzeinkommens auf sich vereinigt.

Das unterste Einkommenszehntel umfasst rund 800.000 Personen. Zu dieser Gruppe gehören alle Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von maximal 9.400 € pro Jahr. Mindestens dreimal so hoch (29.300 €) muss das Äquivalenzeinkommen sein, um zu den reichsten 800.000 Menschen in Österreich zu zählen. Insgesamt lukriert das oberste Einkommenszehntel 21% des gesamten Äquivalenzeinkommens. Der Einkommensanteil der ärmsten 10% in der Bevölkerung beträgt nur 4% am Gesamtlebensstandard.

## Verteilungspositionen und Einkommensanteile

Tabelle 3

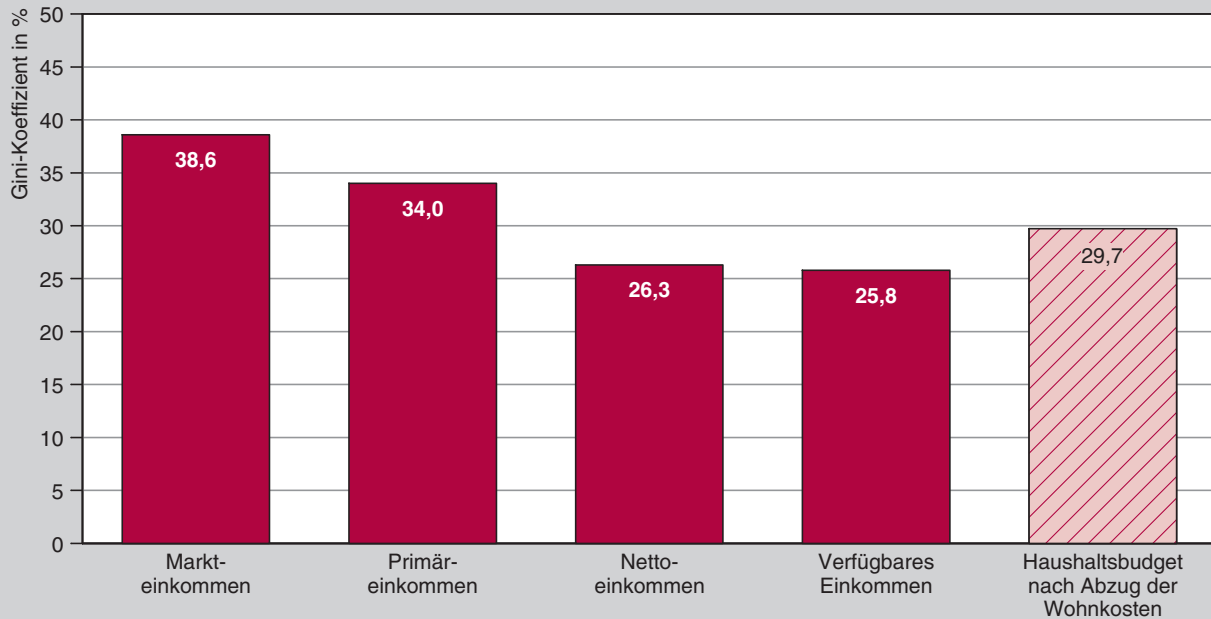


Verteilungspositionen		Einkommensgrenze	Anteil am äquivalisierten Einkommen	Anteil am verfügbaren Einkommen
		in EUR	in %	
Oberstes Einkommenszehntel	ab	29.300	21	22
Oberstes Einkommensviertel	ab	22.400	41	43
Drittes Einkommensviertel	ab	17.000	26	26
Zweites Einkommensviertel	ab	12.900	20	19
Unterstes Einkommensviertel	bis zu	12.900	13	13
Unterstes Einkommenszehntel	bis zu	9.400	4	4
<b>Summe in Mrd. EUR (= 100%)</b>			<b>151</b>	<b>103</b>

Q: EU-SILC 2004. - Auf 100 gerundete Werte.

Gini-Koeffizienten des äquivalisierten Haushaltseinkommens 2003

Grafik 1



Grafik 1 zeigt die Höhe des Gini-Koeffizienten für den Lebensstandard in den vier Stufen des Umverteilungsprozesses (ohne Nullfälle). Einerseits erhalten durch Pensionen und Sozialleistungen mehr Personen ein Einkommen, andererseits verringern Abgaben und Transferleistungen auch das Ausmaß der Einkommenskonzentration. Für das äquivalisierte (Brutto-)Markteinkommen liegt der Gini-Koeffizient bei 38,6%. Durch Altersleistungen wird der Grad der Ungleichheit in den Primäreinkommen (Markteinkommen und Pensionen, brutto) auf 34,0% gesenkt, wobei hier bereits der Großteil der Bevölkerung ein Einkommen erhält. Das Nettoeinkommen ergibt sich, nachdem nicht altersbezogene Sozialtransfers sowie Steuern und Abgaben berücksichtigt werden. Dies reduziert den Ungleichheitskoeffizienten deutlich auf 26,3%. Private Transferleistungen verringern die Einkommenskonzentration abermals auf 25,8%.

Die Grafik deutet allerdings auch auf einen erheblichen Verteilungseffekt durch Wohnungskosten hin. Zieht man nämlich die Wohnungsausgaben (einschließlich Miete, Hypothekenzinsen, Energie- und Instandhaltungskosten) vom verfügbaren Einkommen ab, so erhöht sich der Gini-Koeffizient für das äquivalisierte Haushaltsbudget auf 29,7%. Die Wohnkosten niedriger Einkommensgruppen haben in deren Warenkorb ein höheres Gewicht und reduzieren das Haushaltsbudget somit in einem prozentuell höheren Ausmaß als in den oberen Einkommensgruppen, obwohl sich die Absolutbeträge kaum unterscheiden.

Derartige Unterschiede in der Warenkorbzusammensetzung können auch bewirken, dass schwächere Einkommensgrup-

pen von Preissteigerungen bei Gütern des täglichen Bedarfs (z.B. Energie, Gastronomie) stärker betroffen sind, während höhere Einkommensgruppen im Zeitverlauf stärker von wettbewerbsbedingten Preissenkungen bei Luxusgütern (z.B. Unterhaltungselektronik, Fernreisen) profitieren. Differenzierte Kaufkraftverluste wurden in Österreich bisher erst ansatzweise untersucht, wobei für die unteren Einkommensschichten jedenfalls die höchsten Inflationsanteile für Wohnen, Energie und Lebensmittel nachgewiesen wurden (vgl. Russinger 2004). Abgesehen von der Warenkorbgewichtung ist auch das Preisniveau selbst keineswegs unabhängig von soziokulturellen Lebensstilmustern. Eine bewusste und sparsame Haushaltsführung wäre bei einem niedrigeren Einkommen zwar zu erwarten, doch gibt es auch empirische Hinweise aus den USA, dass „die Armen mehr bezahlen“ (vgl. Caplowitz 1963). Eine aktuelle Untersuchung über verwendungsbedingte Lebensstandarddisparitäten in Österreich wäre angesichts der empirischen Evidenz wohnungsbezogener Ungleichheiten und der aktuell sehr dynamischen Wohn- und Energiekostenentwicklung jedenfalls von großer sozialpolitischer Bedeutung.

*Die Verteilung von Markteinkommen, Transfers, Abgaben und Wohnkosten*

Etwa 7 Mio. Menschen bzw. 88% der Bevölkerung leben in Haushalten, die über ein Markteinkommen verfügen. Ohne Steuern und Transferleistungen würde ihr Median-Äquivalenzeinkommen bei rund 18.400 € pro Jahr liegen (Tabelle 4). Etwa ein Viertel des auf Markteinkünften basierenden Gesamtlebensstandards kommt den reichsten 10% der Be-

## Verteilung von Einkommensbestandteilen und Wohnkosten

Tabelle 4



Verteilungspositionen	Markteinkommen (brutto)	Altersleistungen (brutto)	Sozialleistungen (brutto)	Abgaben	Wohnkosten
<b>Äquivalisiertes Einkommen</b>					
Anzahl der Personen in 1.000	7.048	2.455	5.140	7.850	5.685
Median in EUR	18.400	11.700	2.400	5.400	2.600
Arithmetisches Mittel in EUR	21.400	14.500	3.500	6.900	2.900
<b>Summe in Mrd. EUR (= 100%)</b>	<b>151,0</b>	<b>35,6</b>	<b>18,1</b>	<b>54,3</b>	<b>16,7</b>
<b>Darunter entfallen ...% auf das</b>					
Oberste Einkommenszehntel	25	24	8	29	11
Oberste Einkommensviertel	47	44	21	51	25
Dritte Einkommensviertel	26	23	24	25	25
Zweite Einkommensviertel	18	18	28	16	24
Unterste Einkommensviertel	9	14	28	8	26
Unterste Einkommenszehntel	2	4	10	2	11
<b>Haushaltseinkommen</b>					
Anzahl der Haushalte in 1.000	2.716	1.259	1.657	3.302	2.565
Median in EUR	30.800	18.900	4.700	8.100	4.300
Arithmetisches Mittel in EUR	37.000	22.500	7.000	11.300	4.700
<b>Summe in Mrd. EUR (= 100%)</b>	<b>100,5</b>	<b>28,4</b>	<b>11,5</b>	<b>37,1</b>	<b>12,1</b>
<b>Darunter entfallen ...% auf das</b>					
Oberste Einkommenszehntel	27	24	8	31	12
Oberste Einkommensviertel	49	44	21	53	26
Dritte Einkommensviertel	26	23	24	24	25
Zweite Einkommensviertel	17	19	26	15	23
Unterste Einkommensviertel	8	14	28	8	26
Unterste Einkommenszehntel	2	4	11	2	12

Q: EU-SILC 2004. - Auf 100 gerundete Werte. - Bedarfsgewichtung nach EU-Äquivalenzskala (Haushalt: 0,5; Erwachsene: 0,5; Kinder: 0,3). - Die Einkommensklassen sind fixiert nach dem äquivalisierten verfügbaren Haushaltseinkommen.

völkerung zu, während auf die unterste Einkommensgruppe lediglich 2% entfallen. Die Verteilung der Altersleistungen vor Steuern und Sozialabgaben ähnelt jener der Markteinkommen. Knapp 2,5 Mio. Menschen bzw. rund 31% der Bevölkerung leben in Haushalten, in denen zumindest eine Person über der gesetzlichen Pensionsaltersgrenze liegt und Sozialleistungen bezieht. Der Median der äquivalisierten Altersleistungen liegt bei rund 11.700 €. Von den äquivalisierten Altersleistungen entfallen 24% auf die reichsten 10% der Gesamtbevölkerung, allerdings ist der Anteil der Ärmsten an den gesamten Altersleistungen mit etwa 4% doppelt so hoch wie bei den Markteinkommen. Etwa 5 Mio. Menschen bzw. 64% der Gesamtbevölkerung leben in Haushalten mit Sozialleistungen, die vor der Pensionsaltersgrenze bezogen werden. Der Median der äquivalisierten Sozialleistungen liegt bei 2.400 € pro Jahr. 8% der äquivalisierten Bruttosozialleistungen entfallen auf das oberste Einkommenszehntel, während der volumensmäßige Anteil des untersten Zehntels mit 10% genau dem Bevölkerungsanteil entspricht. Nahezu alle Haushalte bzw. 7,9 Mio. Personen leisten Abgaben, wobei der Median der äquivalisierten Abgaben bei rund 5.400 € pro Jahr liegt. Mehr als die Hälfte der gesamten Abgaben wird vom obersten Einkommensviertel eingehoben, und der Anteil der reichsten 10% beträgt 29% an den Gesamtabgaben. Das relativiert sich allerdings dadurch etwas, dass auch ein annähernd gleich großer Anteil der Sozialleistungen, insbesondere der Pensionen, in das oberste Einkommenssegment fließt. In EU-SILC 2004 wurden die Wohnkosten nicht lückenlos erfasst; dies gilt insbe-

sondere für Personen, die ein Haus besitzen. Dennoch ist feststellbar, dass die Wohnungsausgaben ziemlich gleichmäßig über die Einkommensgruppen verteilt sind. Sowohl auf das oberste als auch das unterste Zehntel entfallen jeweils rund 11% der insgesamt erfassten Wohnkosten, d.h. die relative Wohnkostenbelastung ist bei ärmeren Haushalten also wesentlich stärker. Die Verteilung der Einkommensbestandteile auf Einkommensgruppen unterscheidet sich nur unwesentlich, wenn anstelle der äquivalisierten Einkommensbestandteile die tatsächlichen Haushaltseinkommen betrachtet werden.

### Effektive vertikale Umverteilung des Lebensstandards

Das österreichische Sozialsystem ist auf dem Versicherungsprinzip aufgebaut und bewirkt, dass ein bedeutender Anteil der Alters- und Sozialleistungen auch an die oberen Einkommensgruppen fließt. Umverteilung findet also auch innerhalb von Einkommensgruppen statt, beispielsweise dann, wenn eine überdurchschnittliche Pension auch aus Beiträgen eines hohen Einkommens finanziert wird (das im späteren Alter wiederum zu einer höheren Pension berechtigt). Um festzustellen, wie hoch der Umverteilungsbeitrag der oberen Einkommensschichten ist und wie stark die Ärmsten von Umverteilungsprozessen profitieren, kann die Einkommenszusammensetzung unterschiedlicher Einkommensgruppen untersucht werden. Die Klassen werden dabei nach Dezil- bzw. Quartilswerten des äquivalisierten verfügbaren Haushaltseinkommens fixiert. Der Umverteilungseffekt

**Effektiver Umverteilungsbeitrag und -gewinn nach Einkommensgruppen**

Tabelle 5



Verteilungspositionen	Brutto-einkommen (= 100%) in Mrd. EUR	Markteinkommen		Alters- und Sozialleistungen		Abgaben		Effektive Umverteilung	
		in Mrd. EUR	in %	in Mrd. EUR	in %	in Mrd. EUR	in %	in Mrd. EUR	in %
<b>Äquivalisierte Einkommen (brutto, ohne private Transferleistungen)</b>									
Oberstes Einkommenszehntel	48,0	38,1	79	9,9	21	-15,8	-33	-5,9	-12
Oberstes Einkommensviertel	90,6	71,1	78	19,5	22	-27,9	-31	-8,4	-9
Drittes Einkommensviertel	52,4	39,7	76	12,7	24	-13,4	-26	-0,7	-1
Zweites Einkommensviertel	38,7	27,1	70	11,6	30	-8,7	-23	2,9	7
Unterstes Einkommensviertel	23,1	13,2	57	9,9	43	-4,2	-18	5,7	25
Unterstes Einkommenszehntel	6,4	3,2	50	3,2	50	-1,1	-16	2,2	34
<b>Haushalteinkommen (brutto, ohne private Transferleistungen)</b>									
Oberstes Einkommenszehntel	34,7	26,9	78	7,7	22	-11,4	-33	-3,7	-11
Oberstes Einkommensviertel	63,9	48,9	77	15,0	23	-19,7	-31	-4,7	-7
Drittes Einkommensviertel	35,3	26,0	74	9,3	26	-9,0	-25	0,3	1
Zweites Einkommensviertel	25,4	17,0	67	8,3	33	-5,6	-22	2,7	11
Unterstes Einkommensviertel	15,7	8,4	54	7,3	46	-2,8	-18	4,5	29
Unterstes Einkommenszehntel	4,5	2,1	47	2,4	53	-0,7	-16	1,7	37

Q: EU-SILC 2004. - Bedarfsgewichtung nach EU-Äquivalenzskala (Haushalt: 0,5; Erwachsene: 0,5; Kinder: 0,3). - Die Einkommensklassen sind fixiert nach dem äquivalisierten verfügbaren Haushaltseinkommen.

fekt zwischen den Gruppen kann nun anhand des in EU-SILC 2004 erfassten Anteils der Transferleistungen bzw. Abgaben am äquivalisierten Bruttoeinkommen beurteilt werden (Tabelle 5).

Beispielsweise beträgt das gesamte äquivalisierte Bruttoeinkommen (Markteinkommen sowie Alters- und Sozialleistungen) für das oberste Einkommenszehntel 48 Mrd. € und für das unterste Zehntel 6,4 Mrd. €. Davon werden Abgaben im Umfang von 33% (15,8 Mrd. €) für das oberste Einkommenszehntel und 16% (1,1 Mrd. €) für das unterste Einkommenszehntel abgeführt. Der tatsächliche vertikale Umverteilungseffekt wird sichtbar, wenn berücksichtigt wird, dass an Alters- und Sozialleistungen in Summe knapp 10 Mrd. € an die oberste Einkommensgruppe ausgeschüttet werden und rund 3,2 Mrd. € an die unterste Einkommensgruppe. Der effektive Umverteilungsbeitrag im obersten Zehntel verringert sich somit auf 5,9 Mrd. €. Dies entspricht rund 12% des äquivalisierten Bruttoeinkommens, der dem obersten Einkommenszehntel durch Steuern und Abgaben entzogen wird. Bezogen auf das äquivalisierte Markteinkommen dieser Gruppe, das ja die eigentliche Grundlage für jede Umverteilung darstellt, beträgt der Umverteilungsbeitrag etwa 16%; um diesen Anteil verringert sich nämlich das von dieser Gruppe auf dem Markt erwirtschaftete Einkommen durch Umverteilung.

Bei der untersten Einkommensgruppe übersteigen erhaltene Transferleistungen hingegen die Abgaben beträchtlich. Nach Gegenüberstellung von Transferleistungen und Abzügen verbleibt für die unterste Einkommensgruppe ein äquivalisierter Umverteilungsgewinn von etwa 2,2 Mrd. €. Daraus ergibt sich, dass das Nettoeinkommen des untersten Einkommenszehntels effektiv um 34% höher ist als das Bruttoeinkommen. Relativ zum äquivalisierten Markteinkommen dieser Gruppe entspricht dies sogar einem Umverteilungs-

gewinn von 67% gegenüber jenem Lebensstandard, der ohne Umverteilung erzielbar wäre. Nimmt man das tatsächliche Einkommen ohne Äquivalisierung zur Grundlage, vermindert sich die effektive Abgabenlast der reichsten 340.000 Haushalte auf 11% des Bruttoeinkommens, während der Umverteilungsgewinn der ärmsten Haushalte auf 37% des Bruttoeinkommens ansteigt.

**Relative Lebensstandardpositionen spezifischer Lebenslagen**

Die Übersicht in den Tabellen 6 und 7 zeigt die Anzahl von Personen in ausgewählten Lebenslagen und ihre kumulative Verteilung auf Lebensstandardpositionen. Die Einkommensgruppen wurden nach Prozenten des Median-Äquivalenzeinkommens in der Gesamtbevölkerung gebildet. Nach derselben Vorgehensweise wird auch die konventionelle Armutsgefährdungsschwelle festgelegt, wobei als Schwellenwert derzeit 60% des Medianeinkommens gilt (vgl. Till-Tentschert, Lamei, Bauer 2005). Demnach weist EU-SILC 2004 für Österreich eine aktuelle Armutsgefährdungsquote von rund 13% aus, wobei diese bei älteren oder allein lebenden Frauen sowie Nicht-EU- oder EFTA-Ausländerinnen und Ausländern am höchsten ist. Aufschlussreich ist auch der Anteil von Personen mit einer besonders vorteilhaften Lebensstandardposition. Eine solche kann etwa angenommen werden, wenn die Armutsgefährdungsschwelle um das Dreifache überschritten wird (180% des Medianeinkommens). Nach EU-SILC 2004 liegt die Lebensstandardposition von 92% der Bevölkerung unterhalb eines solchen Richtwertes. Zu den verbleibenden 8% zählen vor allem Selbständige und Führungskräfte mit Universitätsabschluss.

Die Übersicht zeigt auch das jeweilige Median-Äquivalenzeinkommen. Um die allgemeine Lebensstandardposition einer Bevölkerungsgruppe beurteilen zu können, kann ein

## Lebensstandardpositionen nach Alter, Geschlecht und Haushaltskonstellation

Tabelle 6



Gliederungsmerkmale	Personen		Davon haben ... % weniger als ... vom Median																Medianlebensstandard	
	in 1.000	in %	40%	50%	60%	70%	80%	90%	100%	110%	120%	130%	140%	150%	160%	170%	180%	in EUR	relativ	
<b>Insgesamt</b>	<b>8.048</b>	<b>100</b>	<b>4</b>	<b>7</b>	<b>13</b>	<b>20</b>	<b>29</b>	<b>40</b>	<b>50</b>	<b>59</b>	<b>67</b>	<b>74</b>	<b>79</b>	<b>84</b>	<b>87</b>	<b>89</b>	<b>92</b>	<b>16.969</b>	<b>100</b>	
<b>Männer</b>	3.916	49	3	6	11	18	27	37	48	57	65	72	78	83	86	89	91	17.308	102	
Bis 19 Jahre	942	12	3	7	13	22	35	49	60	70	77	83	86	90	92	94	95	15.526	91	
20 bis 39 Jahre	1.177	15	3	5	11	17	25	34	45	54	63	70	76	83	86	89	91	17.789	105	
40 bis 64 Jahre	1.326	16	3	5	10	15	22	31	41	51	59	68	73	79	82	86	88	18.552	109	
65 Jahre und mehr	470	6	6	8	13	20	29	40	49	58	66	72	78	83	85	87	90	17.111	101	
<b>Frauen</b>	4.133	51	4	8	14	22	31	42	52	61	69	75	80	85	88	90	92	16.660	98	
Bis 19 Jahre	894	11	5	9	16	25	36	50	60	68	77	83	86	91	93	94	96	15.284	90	
20 bis 39 Jahre	1.165	14	4	8	13	20	30	41	52	62	70	77	82	87	90	92	94	16.726	99	
40 bis 64 Jahre	1.365	17	4	7	11	16	24	32	42	51	59	66	72	79	82	85	88	18.451	109	
65 Jahre und mehr	709	9	6	12	20	29	40	50	60	69	75	80	85	89	90	92	94	15.269	90	
<b>Haushalte mit Pension</b>	1.438	18	4	9	15	24	34	45	56	63	70	75	81	85	87	89	92	16.061	95	
Allein lebend männlich	107	1	1	4	6	10	18	31	42	49	59	64	68	75	77	80	84	19.096	113	
Allein lebend weiblich	419	5	6	15	24	37	49	59	68	76	80	85	88	90	92	93	95	13.809	81	
Mehrpersonenhaushalte	912	11	3	6	11	20	30	40	51	58	66	71	79	83	87	89	91	16.802	99	
<b>Haushalte ohne Pension</b>	6.610	82	4	7	12	19	28	38	49	58	67	74	78	84	87	89	92	17.185	101	
Allein lebend männlich	355	4	8	11	19	24	33	42	51	60	67	75	79	83	85	88	89	16.890	100	
Allein lebend weiblich	286	4	12	19	25	32	42	47	56	67	73	79	83	89	91	91	92	15.903	94	
Mehrpersonenhaushalte	1.927	24	4	6	9	13	18	24	34	44	51	60	67	75	78	82	85	20.149	119	
<b>Haushalte mit Kindern (ohne Pension)</b>	4.042	50	3	6	12	21	31	44	55	65	73	80	84	89	91	93	95	16.215	96	
Alleinerziehend	292	4	10	17	24	37	55	67	75	87	89	91	93	95	96	98	99	13.106	77	
Mehrpersonenhaushalt und 1 Kind	1.424	18	3	5	8	13	20	29	41	51	62	71	76	85	88	91	93	18.491	109	
Mehrpersonenhaushalt und 2 Kinder	1.575	20	1	5	9	18	30	44	57	67	76	82	85	90	92	94	95	16.273	96	
Mehrpersonenhaushalt und mind. 3 Kinder	751	9	3	9	23	33	45	62	71	77	84	88	90	91	92	93	96	13.848	82	

Q: EU-SILC 2004. - Anmerkung: Der Lebensstandard entspricht dem äquivalisierten Haushaltseinkommen, der relative Medianlebensstandard ergibt sich aus dem Quotienten des Medianeinkommens einer Gruppe und dem Gesamtmedian multipliziert mit 100.

## Lebensstandardpositionen nach Herkunft, Bildung und Erwerbsstatus

Tabelle 7



Gliederungsmerkmale	Personen		Davon haben ... % weniger als ... vom Median																Medianlebensstandard	
	in 1.000	in %	40%	50%	60%	70%	80%	90%	100%	110%	120%	130%	140%	150%	160%	170%	180%	in EUR	relativ	
<b>Insgesamt</b>	<b>8.048</b>	<b>100</b>	<b>4</b>	<b>7</b>	<b>13</b>	<b>20</b>	<b>29</b>	<b>40</b>	<b>50</b>	<b>59</b>	<b>67</b>	<b>74</b>	<b>79</b>	<b>84</b>	<b>87</b>	<b>89</b>	<b>92</b>	<b>16.969</b>	<b>100</b>	
<b>Staatsangehörigkeit</b>																				
Österreich und EU oder EFTA	7.484	93	4	7	12	18	27	38	48	58	66	73	78	83	86	89	91	17.276	102	
Seit der Geburt	7.095	88	4	7	11	17	26	36	47	57	65	72	77	83	86	88	91	17.450	103	
Eingebürgert	389	5	3	12	23	32	44	58	68	77	81	86	89	92	93	94	96	14.200	84	
Nicht EU- oder EFTA-Ausländer	564	7	6	14	28	41	54	65	74	79	87	92	95	97	98	99	99	13.190	78	
<b>Höchster Bildungsabschluss</b>																				
Maximal Pflichtschule	2.144	27	5	10	18	27	38	50	62	70	78	84	88	92	93	95	96	15.289	90	
Lehre und/oder mittlere Schule	2.927	36	3	5	9	15	24	33	44	55	64	72	77	84	87	89	92	17.787	105	
Matura	1.118	14	4	6	11	15	20	27	36	44	51	58	65	73	77	80	84	20.203	119	
Universität	400	5	4	7	10	12	14	20	26	33	38	45	50	57	62	67	70	23.663	139	
<b>Haupteinkommensquelle des Haushalts</b>																				
Unselbständige Arbeit	5.144	64	1	3	8	14	22	33	45	55	65	73	78	84	87	90	92	17.722	104	
Selbständige Arbeit	619	8	5	7	10	13	21	32	38	48	51	56	60	69	72	75	79	19.604	116	
Sozialleistungen	651	8	15	30	44	55	67	77	82	88	90	93	96	97	97	98	98	10.982	65	
Pensionen	1.512	19	4	8	14	24	35	45	56	63	70	75	81	85	88	89	92	16.050	95	
Private Einkommen	121	2	40	48	56	61	73	76	76	81	83	88	88	88	91	93	94	8.804	52	
<b>Haupttätigkeit (2004)</b>																				
Erwerbstätig	3.538	44	2	4	8	12	19	29	39	49	58	67	73	80	83	87	89	18.795	111	
Vollzeit	2.955	37	2	4	7	12	19	27	38	48	57	65	71	78	82	86	89	19.157	113	
Teilzeit	583	7	3	6	10	16	24	36	46	57	67	76	82	88	90	92	93	17.552	103	
Pension	1.733	22	4	8	13	21	30	40	50	59	66	72	78	83	85	87	89	16.961	100	
Arbeitslos	259	3	9	18	32	42	54	62	73	82	87	90	93	95	96	97	99	12.842	76	
Haushalt	661	8	6	11	22	34	46	58	69	77	83	88	91	93	95	96	97	14.028	83	
In Ausbildung	398	5	8	13	19	26	34	44	54	62	71	76	81	87	88	91	94	16.214	96	

Q: EU-SILC 2004. - Anmerkung: Der Lebensstandard entspricht dem äquivalisierten Haushaltseinkommen, der relative Medianlebensstandard ergibt sich aus dem Quotienten des Medianeinkommens einer Gruppe und dem Gesamtmedian multipliziert mit 100.



einfacher Index des relativen Lebensstandards herangezogen werden. Der relative Lebensstandard von Personen oder Bevölkerungsgruppen entspricht dem Medianeinkommen einer bestimmten Gruppe, ausgedrückt in Prozent des Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung. Ein Index unter 100 deutet eine benachteiligte Position an, während Werte über 100 auf eher privilegierte Lebensstandardpositionen hinweisen.

Lebensstandardpositionen unterscheiden sich nach dem jeweiligen Abschnitt im Lebenszyklus. Kinder und Jugendliche sind überwiegend von ihren Eltern abhängig und verfügen meist über kein oder nur geringes Einkommen, solange sie in Ausbildung stehen. So haben Kinder und Jugendliche bis 19 Jahre im Vergleich zum Medianeinkommen der Gesamtbevölkerung etwa 10% weniger Einkommen zur Verfügung.

Der Eintritt in das Erwerbsleben und die Bündelung von Ressourcen in einer Lebensgemeinschaft kann die Einkommenssituation deutlich verbessern. Durch die vorwiegend im jüngeren Erwerbsalter stattfindende Familiengründung steigt allerdings auch der Ressourcenbedarf, und die Erwerbsmöglichkeiten sind durch Betreuungspflichten häufig eingeschränkt. Der Lebensstandard der 20- bis 39-Jährigen unterscheidet sich kaum von dem der Gesamtbevölkerung. Der Geschlechterunterschied in dieser Gruppe ist bereits deutlich ausgeprägt. Das Medianeinkommen der Männer in dieser Altersgruppe liegt 5% über dem Gesamtmedian bei 17.800 €. Das Medianeinkommen der Frauen ist um 1.050 € pro Jahr geringer (1% unter dem Gesamtmedian).

Die günstigste Lebensstandardsituation ergibt sich für viele Menschen erst im späteren Erwerbsalter. Der Lebensstandard von Männern und Frauen zwischen 40 und 64 Jahren liegt 9% über dem Gesamtmedian bzw. bei rund 18.500 € pro Jahr. In dieser Altersgruppe ist insgesamt kein bedeutendes Lebensstandardgefälle zwischen Männern und Frauen erkennbar.

Das Pensionsalter ist wieder von einer deutlich schlechteren Einkommenssituation gekennzeichnet. Dies gilt vor allem für Frauen ab 65 Jahren, deren Medianeinkommen bei rund 15.300 € bzw. 10% unter dem Gesamtmedian liegt. Männer dieser Altersgruppe verfügen um etwa 1.800 € mehr pro Jahr als Frauen.

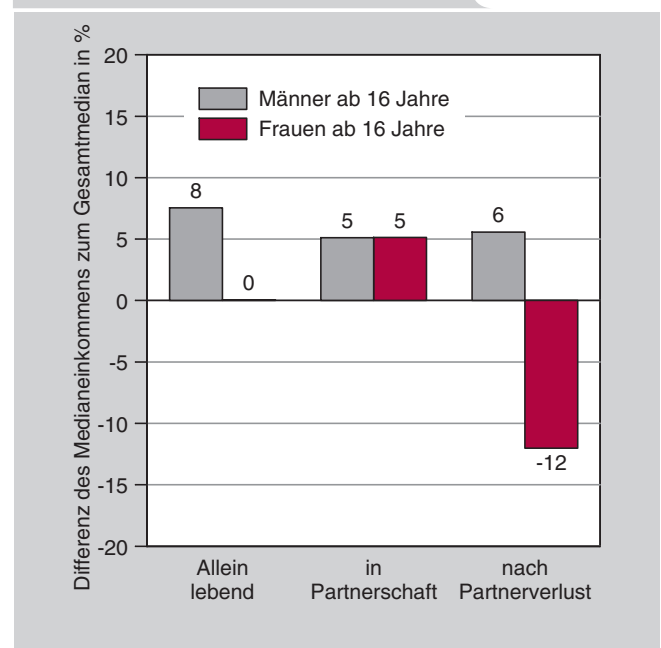
Die Annahme gleicher Ressourcenaufteilung innerhalb der Haushalte verdeckt teilweise das geschlechtsspezifische Lebensstandardgefälle, insbesondere innerhalb von Familien. *Grafik 2* zeigt die Lebensstandardsituation von Frauen und Männern ab 16 Jahren nach ihrer Familiensituation. Das Ergebnis unterstreicht, dass die Unterschiede vor allem bei allein lebenden Frauen sichtbar werden. Traditionelle Rollenbilder und Lohnunterschiede tragen dazu bei, dass der

Lebensstandard von Frauen noch immer maßgeblich von Partnerschaften abhängt. Das Medianeinkommen lediger Frauen (ohne Kinder) entspricht zwar jenem der Gesamtbevölkerung, der Einkommensvorteil männlicher Junggesellen beträgt aber über 1.200 € pro Jahr (8% über dem Gesamtmedian). Das Lebensstandardgefälle zwischen Männern und Frauen ist im Allgemeinen nur bei gemeinsamer Haushaltsführung in einer Ehe oder Lebensgemeinschaft aufgehoben; dann liegt das Medianeinkommen mit 17.800 € etwa 5% über dem Gesamtmedian. Die Absicherung des Lebensstandards durch eine Partnerschaft ist aber keineswegs nachhaltig. Für verwitwete oder geschiedene Frauen (einschließlich lediger Mütter ohne Partner) geht Partnerverlust einher mit einem rund 3.000 € pro Jahr geringeren Einkommen als bei Männern in derselben Situation. Nach einem Partnerverlust liegt der Lebensstandard von Männern mit 17.900 € sogar 6% über dem Gesamtmedian, während jener der Frauen 12% darunter liegt.

Neben Lebensalter und Partnerschaften können die Haushaltskonstellation und vor allem der Einkommensbedarf für Kinder den Lebensstandard entscheidend verändern. Eine deutlich überdurchschnittliche Einkommensposition erreichen kinderlose Mehrpersonenhaushalte, Einkindfamilien und Pensionisten. Die Maximierung von Erwerbschancen ohne zusätzlichen Kinderkostenbedarf trägt dazu bei, dass Erwachsene ohne Kinder im Haushalt einen Lebensstandard erreichen, der 19% über dem Gesamtmedian liegt. Auch nach dem ersten Kind bleibt der Lebensstandard der Mehrpersonenhaushalte über dem Gesamtmedian, der Einkommensvorteil wird jedoch mehr als halbiert und beträgt jetzt 9%.

Relativer Lebensstandard nach Familiensituation

Grafik 2



Der Lebensstandard von allein lebenden Männern mit Pension liegt um 13% über dem Gesamtmedian, allerdings umfasst diese Gruppe nur rund 107.000 Personen. Stark benachteiligt sind Pensionistinnen und Familien mit mehr als drei Kindern, deren Lebensstandard jeweils um 19% bzw. 18% unter dem Gesamtmedian liegt. Am größten ist die Einkommenskluft allerdings bei Alleinerziehenden, deren Äquivalenzeinkommen um 23% unter dem Gesamtmedian liegt.

Ein höherer Bildungsabschluss ist ein wesentlicher Faktor bei der Zuweisung überdurchschnittlicher Einkommens- und Lebensstandardpositionen. Kombinierte Effekte, wie verstärkte Bildungspartizipation bei jüngeren Generationen und kinderlosen Personen, regionale und Geschlechterunterschiede bewirken in Summe einen Einkommensvorsprung von 39% bei Abschluss einer Universität und immerhin 19% mit einer Matura. Auch der Abschluss einer Lehre oder mittleren Schule macht sich noch mit einem um 5% höheren Äquivalenzeinkommen bemerkbar. Wer allerdings keinen entsprechenden Abschluss vorzuweisen hat, muss mit einem Lebensstandard von 10% unter dem Gesamtmedian rechnen.

Wie in anderen EU-Staaten erweisen sich ökonomische Ungleichheiten auch in Österreich deutlich von der ethnischen Herkunft abhängig. Daran ändert auch eine Einbürgerung wenig. Der Lebensstandard von Personen, die seit ihrer Geburt die österreichische Staatsbürgerschaft (oder die eines anderen EU oder EFTA Landes) besitzen, liegt um 3% über dem Gesamtmedian. Personen deren Staatsbürgerschaft auf einem Einbürgerungsbescheid beruht, unterschreiten den Gesamtmedian um 16%. Ihre Lebensstandardposition ist damit wesentlich näher an der von Menschen ohne österreichische (bzw. EU- oder EFTA-Staatsbürgerschaft), deren Äquivalenzeinkommen 22% unter dem Gesamtmedian liegt. Allerdings ist dies nicht notwendigerweise eine Folge fehlender Integration oder rassistischer Diskriminierung, sondern steht in engem Zusammenhang mit vorhandenen Bildungsabschlüssen, der Familienkonstellation und den damit verbundenen Erwerbsmöglichkeiten.

Das mit 40 Mrd. € sehr beträchtliche Volumen staatlicher Transfers an private Haushalte ermöglicht eine massive Umverteilung des Lebensstandards. Dennoch bleibt das Arbeitseinkommen in der Regel die einzige Möglichkeit, um eine gehobene Lebensstandardposition zu erreichen. Dies gilt besonders dann, wenn das Haupteinkommen aus selbständiger Arbeit stammt, denn das Medianeinkommen von Personen in Selbständigenhaushalten liegt um 16% über dem Gesamtmedian. Setzt sich das Haushaltseinkommen großteils aus Einkünften aus unselbständiger Arbeit zusammen, dann beträgt der Einkommensvorteil nur etwa 5%. Menschen die überwiegend von Transferleistungen in Form von Pensionen, Sozialleistungen oder privaten Zuwendungen (insbesondere Alimente und Unterhalt) leben müssen, sind in der Regel weit entfernt von einem mittleren Lebens-

standard. Menschen mit Pensionseinkommen erreichen immerhin 95% des Gesamtmedians. Bei anderen Sozialleistungen beträgt der Abstand bereits 35%. Die meisten Personen mit überwiegend privaten Einkünften unterschreiten das Medianeinkommen um 48%.

Die Abhängigkeit des Lebensstandards von der Einkommensstruktur deutet auf die zentrale Bedeutung von Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit hin. Tatsächlich erreichen Vollzeitbeschäftigte mit 13% über dem Gesamtmedian die höchsten Einkommenspositionen, während der Abstand nach unten für Arbeitslose mit 24% am größten ist.

## Schlussfolgerung

Neben dem Brutto-Markteinkommen und dem Umverteilungsprozess durch Abgaben und Transferleistungen kommt insbesondere der Zusammensetzung des Haushalts eine zentrale Rolle für materielle Lebensstandardchancen zu. Mittels Bedarfsgewichtung durch die sogenannte EU-Äquivalenzskala wurde annähernd ein materieller Lebensstandard ermittelt, auf dem auch die so genannte Armutsgefährdungsschwelle beruht (vgl. Till-Tentschert, Lamei, Bauer 2005). Die Betrachtung von Haushaltsressourcen und Bedarfen führt die Einkommensberichterstattung somit über die übliche Analyse personaler oder funktionaler Verteilungen hinaus (vgl. z.B. Guger et al. 2005). Der in diesem Beitrag errechnete Wohlstandsgewinn aus gemeinsamer Haushaltsführung übersteigt das Umverteilungsvolumen aus Pensionen und Sozialleistungen beträchtlich. Auch das Volumen der Wohnungsausgaben entspricht ungefähr jenem der Sozialleistungen vor dem Pensionsalter. Die relativ gleichmäßige Verteilung der Wohnungsausgaben über alle Einkommensgruppen kann daher Ungleichheiten des effektiven Lebensstandards deutlich verstärken. Schließlich zeigt die Haushaltsbetrachtung, dass sich die effektive Abgabenbelastung für die oberen Einkommensgruppen durch erhaltene Transferzahlungen deutlich verringert. Allerdings machen Transferzahlungen bei den Ärmsten etwa die Hälfte ihres Bruttoeinkommens aus und können dort mit vergleichsweise geringen Mitteln eine enorme Steigerung des Lebensstandards gegenüber dem Markteinkommen bewirken. Insgesamt eröffnet die in diesem Beitrag vorgestellte haushaltsbezogene Messung von Lebensstandardpositionen neue Perspektiven auf steuerliche Gestaltungsspielräume und hebt die Sensitivität des unteren Einkommensbereichs gegenüber geringfügigen Änderungen bei Sozialleistungen hervor. Das soziale Profil der Lebensstandardpositionen weist ausgeprägte lebenszyklische Muster auf, mit den besten Teilhabechancen in der Lebensmitte jener Menschen, die seit Geburt die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Die vorherrschende Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern bewirkt dabei noch immer eine weitgehende wirtschaftliche Abhängigkeit von Frauen. Alle hier festgestellten Verteilungsmuster stehen in engem Zusammenhang mit Erwerbsbeteiligung, Bildung

und Familienstruktur. Sozialleistungen kommt dabei eher die Rolle einer nachgeordneten Lebensstandardsicherung zu, wobei diese zum Teil auch Marktungleichheiten reproduzieren, insbesondere im Falle von Altersleistungen.

### Literatur

Andress, Hans-Jürgen und Lipsmeier, Gero (2000). *Armut und Lebensstandard, Gutachten im Rahmen des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bielefeld.*

Bauer, Martin und Lamei, Nadja (2005). *EU-SILC - die neue Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen, Statistische Nachrichten, Heft 3/2005, S. 231 ff.*

Caplovitz, David (1963). *The poor pay more consumer practices of low-income families, New York, Free Press of Glencoe.*

Europäische Kommission (2004). *Gemeinsamer Bericht über die Soziale Eingliederung 2004, Luxemburg.*

Guger, Alois und Marterbauer, Markus (2005). *Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich, WIFO Monatsberichte 9/2005.*

Guger, Alois; Buchegger, Reiner; Lutz, Hedwig; Mayrhober, Christine; Wüger, Michael (2003). *Schätzung der direkten und indirekten Kinderkosten, WIFO Wien.*

Kronsteiner-Mann, Christa und Lenk, Manuela (2006). *Verbrauchsausgaben der privaten Haushalt; Konsumerhebung 2004/2005, Statistische Nachrichten Heft 3/2006, S. 181 ff.*

Lamei, Nadja und Till-Tentschert, Ursula (2005). *Messung von Armutsgefährdung und Deprivation, Statistische Nachrichten, Heft 4/2005, S. 349 ff.*

Russinger, Reinhold (2004). *Experimentelle Preisindizes-Berechnungen nach sozialen und ökonomischen Charakteristika, Statistische Informationen, Arbeiterkammer Wien.*

Sen, Amartya. (1992). *Inequality Reexamined, Oxford, Oxford University Press.*

Till, Matthias (2001). *Stichprobe und Gewichtung des Europäischen Haushaltspanels - methodische Grundlagen der Einkommens- und Armutsberichterstattung in Österreich, Diplomarbeit, Institut für Soziologie, Universität Wien.*

Till-Tentschert, Ursula; Lamei, Nadja; Bauer, Martin (2005). *Armut und Armutsgefährdung in Österreich 2003. In: Bericht über die soziale Lage 2003-2004. Wien: BMSG, S. 209 ff.*

### Summary

The allocation of resources is usually associated with market processes and redistribution through the tax-benefit system. This article identifies a number of genuine household level factors which interfere with this allocation process. At least on the basis of the conventional EU-equivalence scale, the estimated welfare gain due to shared housekeeping even exceeds the redistribution potential of cash social benefits including pensions. Total housing expenditure (including energy) has a similar magnitude as the sum of social benefits before retirement age. Given their relatively uniform distribution across income groups, this may severely enhance inequalities in the standard of living. A household level perspective reveals to what extent effective tax and social security contribution of the upper income classes are lowered through cash social benefits. It also proves that the standard of living in lower income groups is extremely sensitive even against modest changes in the levels of benefits. The standard of living is closely related to a person's lifecycle, whereby Austrian born citizens in prime age take the most favourable position. Gender role patterns still imply a serious dependence of women. Generally their standard of living is comparable to that of men only in the context of a partnership. All patterns of resource allocation identified here are closely related to labour market participation, education and family structure. In this context cash social benefits play a rather subsidiary role of securing a basic standard of living, whereby market inequalities are partly reproduced, in particular by pensions.